

## S. 567 **Buchführung und Erstellung des Jahresabschlusses einer OHG**

von Dipl.-Kffr. Marion Titgemeyer, Osnabrück

### **++ Kernaussagen ++**

In dieser Fallstudie werden am Beispiel einer OHG die buchhalterische Erfassung von Geschäftsvorfällen aus verschiedenen Sachbereichen eines Industrieunternehmens sowie die Aufstellung eines Jahresabschlusses, bestehend aus Bilanz und GuV, dargestellt.

#### **++ Kurzgliederung ++**

- |  |   |
|--|---|
| <p><b>I.II.III.</b> Einführung Geschäftsvorfälle Erläuterung und Darstellung der Buchungen</p> <p>• Zeitliche Abgrenzungen</p> | <p>• Buchungen der Bereiche Beschaffung/Produktion/Absatz Personalbereich Einlagen und Entnahmen Abschlussbuchungen</p> <p><b>IV.</b> Ergebnisverteilung, Schlussbilanz</p> |
|--|---|

## **I. Einführung**

Eine OHG ist eine PersGes, deren Zweck auf den Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma gerichtet ist (vgl. § 105 HGB). Bei einem Unternehmen dieser Gesellschaftsform haften alle Gesellschafter gegenüber den Gläubigern persönlich und unbeschränkt, d. h. die Haftung ist nicht auf das Gesellschaftsvermögen beschränkt, sondern umfasst auch das private Vermögen der Gesellschafter.

Die Festlegung des Rechtsverhältnisses der OHG-Gesellschafter untereinander erfolgt im Gesellschaftsvertrag. Nur sofern der Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt, gelten die in den §§ 109 ff. HGB kodifizierten Regelungen. In der Praxis bestehen i. d. R. individuelle Vertragsabreden, die von den gesetzlichen Regelungen abweichen können.

## **II. Geschäftsvorfälle**

Für die XY-OHG mit den beiden Gesellschaftern X und Y sind zum 31. 12. 2003 die vorläufige Schlussbilanz sowie die GuV aufzustellen. Ausgangspunkt ist die in Abb. 1 auf S. 1534 dargestellte (vorläufige) Schlussbilanz des Vorjahrs. Folgende Hinweise sind zu beachten:

Die Position „Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden“ basiert auf einer USt-Zahl-last für den Monat Dezember 2002. Der „Passive RAP“ resultiert aus im Voraus erhaltenen Zinser-trägen. Zur Rechnungsabgrenzung ist die direkte Periodenabgrenzung anzuwenden. Der USt-Satz beträgt 16 %. Im Gesellschaftsvertrag der XY-OHG ist eine Gewinn- und Verlustaufteilung entspre-chend dem Verhältnis des Kapitals zu Beginn des Wj vereinbart. In Fällen, in denen Netto- sowie Bruttoverfahren zulässig sind, soll ausschließlich das Nettoverfahren genutzt werden. Werkstoff-verbrauch und Bezugskosten sind bestandsorientiert zu buchen. Während des Jahres 2003 sind

S. 568 **nachfolgende Geschäftsvorfälle** angefallen:

1. Der RAP ist erfolgswirksam aufzulösen.
2. Das Unternehmen überweist die USt-Zahllast per Bank.
3. Gesellschafter Y legt 100 000 € auf dem Bankkonto ein.
4. Die XY-OHG kauft Rohstoffe im Wert von 46 400 € (brutto) auf Ziel.
5. Ein Teil der Rohstoffe aus Geschäftsvorfall 4 weist Mängel auf. Es erfolgt eine Rücksendung von 10 % der bezogenen Rohstoffe.
6. Ein Angestellter der XY-OHG erhält einen Gehaltsvorschuss i. H. von 2 000 €. Die Zahlung erfolgt in bar aus der Kasse.
7. Im nächsten Monat wird das Gehalt für den o. g. Mitarbeiter überwiesen. Der Gehaltsabrechnung sind nachfolgende Beträge zu entnehmen: Bruttogehalt: 3 000 €; gesamte Steuerabzüge: 300 €; Sozialversicherungsabzug: 600 €. Der erhaltene Vorschuss (vgl. 6.) ist zu verrechnen.
8. Das Unternehmen überweist die einbehaltenen und noch abzuführenden Beträge aus 7.
9. Die Gesellschaft hat einem Kunden eigene Erzeugnisse im Wert von 11 600 € (brutto) verkauft. Bedingt durch eine Mängelrüge wird dem Kunden ein nachträglicher Preisnachlass i. H. von 20 % eingeräumt. Der Verkauf erfolgt auf Ziel.
10. Die Bank schreibt der OHG Zinsen i. H. von 2 000 € gut.
11. Der Gesellschafter X tätigt eine private Spende zugunsten einer gemeinnützigen Organisation. Hierzu lässt er vom betrieblichen Bankkonto 1 000 € überweisen.
12. Am 27. 10. erhält die OHG eine Mietzahlung für den Zeitraum November bis einschließlich März des Folgejahres i. H. von 30 000 €.
13. Die Gesellschaft überweist Miete für eine Lagerhalle i. H. von 500 €.
14. Für einen Rohstoffkauf fallen Verpackungskosten i. H. von 1 000 € (netto) an. Das Unternehmen begleicht diese Rechnung durch Banküberweisung.
15. Es werden Rohstoffe im Wert von 10 000 € und Hilfsstoffe i. H. von 2 000 € verbraucht.
16. Die Gesellschaft nimmt zur Finanzierung des Baus einer neuen Produktionshalle ein Darlehen i. H. von 100 000 € auf, das von der Bank durch Überweisung gezahlt wird.
17. Die XY-OHG verkauft Erzeugnisse für 20 000 € (netto) auf Ziel und für 10 000 € (netto) gegen Barzahlung.
18. Der Gesellschafter X entnimmt der betrieblichen Kasse 500 €, um seiner Tochter eine Kette zu schenken.

Des Weiteren liegen folgende **Abschlussangaben** vor:

- (1) Der Schlussbestand an fertigen Erzeugnissen beträgt 6 000 €, der Schlussbestand an unfertigen Erzeugnissen beträgt 20 000 €.
- (2) Die Maschinen sind mit insgesamt 5 000 € abzuschreiben. Der Abschreibungsbetrag für die BGA beläuft sich auf 4 000 €.
- (3) Von der Einzelwertberichtigung auf Forderungen sind 5 000 € aufzulösen.

**Abb. 1: (vorläufige) Schlussbilanz zum 31. 12. 2002**

<b>Aktiva XY-OHG (vorläufige) Schlussbilanz zum 31. 12. 2002 (in €) Passiva</b>			
Unbebaute/bebaute Grundstücke	60 000	Kapital Gesellschafter X	90 000
Gebäude	85 000	Kapital Gesellschafter Y	60 000
Maschinen	60 000		
BGA	14 000	Verb. ggü. Kreditinstituten	75 000
		Verb. a. LuL	68 000
Rohstoffe	8 000	Sonst. Verb. ggü. Finanzbehörden	10 000
Hilfsstoffe	5 000		
Fertige Erzeugnisse	9 000	Rückstellungen	8 000
		Einzelwertberichtigung auf Ford.	9 000
Ford. a. LuL	50 000	Passiver RAP	1 000
Guthaben bei Kreditinstituten	20 000		
Kasse	10 000		
	<u>321 000</u>		<u>321 000</u>

S. 569

### III. Erläuterung und Darstellung der Buchungen

#### 1. Zeitliche Abgrenzungen und Finanzbereich

In bestimmten Fällen besteht gem. § 250 HGB die Pflicht, aktive bzw. passive RAP auszuweisen. **Als Korrekturposten dienen sie einer periodengerechten Erfolgsermittlung.** So ist ein aktiver RAP zu bilden, wenn die Ausgabe im alten Gj erfolgte und gebucht wurde, der Aufwand jedoch erst das neue Gj betrifft. Dagegen ist ein passiver RAP zu bilanzieren, sofern die Einnahme vor dem Abschluss-Stichtag zufluss sowie buchtechnisch erfasst wurde, der Ertrag allerdings dem neuen Gj zuzuordnen ist.

Bei der XY-OHG basiert die Position „Passiver RAP“ der Schlussbilanz zum 31. 12. 2002 auf im Gj 2002 erhaltenen Zinserträgen, die wirtschaftlich dem Jahr 2003 zugehörig sind. Dieser Posten wird im Geschäftsvorfall 1 zu Beginn des neuen Jahres durch Umbuchung auf das entsprechende Erfolgskonto aufgelöst.

Im Geschäftsvorfall 12 wird der Anteil der erhaltenen Miete, der das laufende Jahr betrifft (12 000 €), als Ertrag gebucht. Den restlichen Betrag (18 000 €) muss die XY-OHG passivisch abgrenzen, da der Ertrag auf das Jahr 2004 entfällt. Dieser RAP wird dann im Folgejahr aufgelöst. Für die Geschäftsvorfälle 1 und 12 ergeben sich somit folgende Buchungen:

**Geschäftsvorfall 1:**

Passiver RAP 1 000 an Zinserträge 1 000

**Geschäftsvorfall 12:**

Bank 30 000 an Mieterträge 12 000  
an Passive RAP 18 000

Die weiteren Buchungen betreffen den Finanzbereich und allgemeine Aufwendungen. Auf nähere Erläuterungen dieser Sachverhalte wird verzichtet.

**Geschäftsvorfall 2:**

Verb. ggü. Finanzbehörden 10 000 an Bank 10 000

**Geschäftsvorfall 10:**

Bank 2 000 an Zinserträge 2 000

**Geschäftsvorfall 13:**

Mietaufwand 500 an Bank 500

**Geschäftsvorfall 16:**

Bank 100 000 an Verb. ggü. Kreditinstituten 100 000

## 2. Buchungen der Bereiche Beschaffung/Produktion/Absatz

**Geschäftsvorfälle 4 und 5:**

Rohstoffe 40 000

Vorsteuer 6 400 an Verb. a. LuL 46 400

Verb. a. LuL 4 640 an Rohstoffe 4 000  
an Vorsteuer 640

Die Bemessungsgrundlage für die 16 %ige USt auf die erworbenen Rohstoffe ist der Nettobetrag, welcher der Eingangsrechnung zu entnehmen ist. Aufgrund der Rücksendung von 10 % der Rohstoffe an den Lieferer ändert sich – neben den Posten „Rohstoffe“ und „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ – auch die Bemessungsgrundlage der USt, d. h. auch die in Geschäftsvorfall 4 gebuchte Vorsteuer ist anteilig zu berichtigen.

S. 570

**Geschäftsvorfall 14:**

Bezugskosten für Rohstoffe 1 000

Vorsteuer 160 an Bank 1 160

Gem. § 255 Abs. 1 HGB gehören Bezugskosten als Anschaffungsnebenkosten zu den **aktivierungspflichtigen Anschaffungskosten** und können unmittelbar auf dem jeweiligen Bestandskonto be-

rücksichtigt werden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und zugunsten einer aussagefähigen Bezugskalkulation erfolgt in der Praxis bei Anwendung der bestandsorientierten Buchung regelmäßig die Erfassung auf dem Unterkonto „Bezugskosten für Rohstoffe“. Zum Abschluss des Unterkontos werden die Bezugskosten auf das zugehörige Bestandskonto umgebucht (vgl. Abschn. III.5).

#### Geschäftsvorfall 15:

Aufwendungen für Rohstoffe 10 000 an Rohstoffe 10 000

Aufwendungen für Hilfsstoffe 2 000 an Hilfsstoffe 2 000

Abhängig davon, ob die beschafften Werkstoffe vor der Fertigung zunächst gelagert oder sofort verarbeitet („Just-in-Time-Fertigung“) werden, ist die bestandsorientierte bzw. aufwandsorientierte Buchung anzuwenden. Bei der hier dargestellten **bestandsorientierten Buchung** erfolgt die Ermittlung des Werkstoffverbrauchs entweder unter Zuhilfenahme der Materialentnahmescheine oder aufgrund der Inventur. Dahingegen ermittelt sich der Werkstoffverbrauch bei der **aufwandsorientierten Buchung** unter Berücksichtigung des Werts der Werkstoffeinkäufe sowie der Bestandsveränderungen.

#### Geschäftsvorfälle 9a und 9b:

Ford. a. LuL 11 600 an Umsatzerlöse 10 000

an USt 1 600

Erlösberichtigungen 2 000

USt 320 an Ford. a. LuL 2 320

Die buchhalterische Berücksichtigung von nachträglichen Preisnachlässen im Absatzbereich erfolgt durch eine **anteilige Korrektur der Umsatzerlöse**, der USt und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Aus Übersichtlichkeitsgründen (z. B. zur USt-Verprobung oder Kalkulation) wird eine Schmälerung der Umsatzerlöse auf dem Konto „Erlösberichtigungen“ erfasst. Zum Ende der Rechnungsperiode ist es über das Oberkonto „Umsatzerlöse“ abzuschließen (vgl. Abschn. III.5). Die hier dargestellte Buchungsalternative entspricht dem sog. **Nettoverfahren**, bei dem die USt-Berichtigung sofort durchgeführt wird. Im Falle der Anwendung des **Bruttoverfahrens** ist die USt erst zum Schluss des Voranmeldungszeitraums zu korrigieren.

#### Geschäftsvorfall 17:

Ford. a. LuL 23 200

Kasse 11 600 an Umsatzerlöse 30 000

an USt 4 800

### 3. Personalbereich

Als Arbeitgeber ist die XY-OHG gesetzlich verpflichtet, bei der Gehaltszahlung die LSt sowie die Sozialversicherungsbeiträge einzubehalten und an die entsprechende Finanzbehörde bzw. den Sozialversicherungsträger abzuführen. Die Sozialversicherungsbeiträge sind hälftig vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu tragen, d. h. der Arbeitgeberanteil stellt für die Gesellschaft zusätzlichen Perso-

S. 571 nalaufwand dar. Der gewährte Vorschuss ist – als kurzfristig gewährtes Darlehen an einen Mitarbeiter – erfolgsneutral zu behandeln.

**Geschäftsvorfälle 6, 7a, 7b und 8:**

Ford. an Mitarbeiter	2 000	an Kasse	2 000
Gehälter	3 000	an Sonst. Verb. ggü. Finanzbehörden	300
		an Verb. ggü. Soz.vers.trägern	600
		an Ford. an Mitarbeiter	2 000
		an Bank	100
Arbeitgeberanteil zur Soz.Vers.	600	an Verb. ggü. Soz.vers.trägern	600
Sonst. Verb. ggü. Finanzbehörden	300		
Verb. ggü. Soz.vers.trägern	1 200	an Bank	1 500

## 4. Verbuchung von Einlagen und Entnahmen

Als Einlagen gelten gem. § 4 Abs. 1 Satz 5 EStG alle Wirtschaftsgüter, die der Stpfl. **dem Betrieb während des Wj zuführt**. Gegenstand einer Einlage können Bargeld (wie im Geschäftsvorfall 3), Sachwerte oder aber auch Rechte sein. Maßgeblich ist, dass ein Übergang aus dem privaten in den betrieblichen Bereich vollzogen wird.

Die Kapitalanteile der an einer OHG beteiligten Gesellschafter sind getrennt auszuweisen, d. h. im Fall der XY-OHG müssen zwei Eigenkapitalkonten geführt werden. Die Kapitalkonten bilden das Verlustdeckungspotenzial der Gesellschaft. Änderungen auf den Kapitalkonten entstehen durch Privateinlagen bzw. -entnahmen und durch eine Ergebniszuweisung (vgl. Abschn. IV). Aus Gründen der Übersichtlichkeit ist zur Erfassung der während des Gj vorgenommenen Einlagen für jeden Gesellschafter ein Privatkonto einzurichten. Erst zum Jahresende erfolgt der Abschluss über das entsprechende Kapitalkonto.

**Geschäftsvorfall 3:**

Bank 100 000 an Privatkonto Gesellschafter Y 100 000

Als Entnahmen gelten gem. § 4 Abs. 1 Satz 2 EStG alle Wirtschaftsgüter, die der Stpfl. dem Unternehmen für sich, für seinen Haushalt oder für andere betriebsfremde Zwecke **während des Wj entnommen** hat. Neben bilanzierungsfähigen Wirtschaftsgütern – wie Bargeld oder Sachwerte – können auch geldwerte Vorteile (z. B. Nutzungen) Gegenstand einer Entnahme sein. Im Falle einer Entnahme von vorsteuerabzugsberechtigten Gegenständen und sonstigen Leistungen (bis zum 31. 3. 1999: „Eigenverbrauch“) ist zu beachten, dass dieser Vorgang grundsätzlich der USt-Pflicht unterliegt.

Aufgrund der Entnahme vermindert sich das Eigenkapital. Analog zu den Einlagen erfolgt zunächst die buchtechnische Erfassung über das Konto „Privatkonto Gesellschafter X“ und erst zum Jahresende der Abschluss über das Kapitalkonto des X. Der Verwendungszweck der vom betrieblichen Konto entnommenen Gelder (Spende bzw. Geschenk) ist in diesem Zusammenhang unerheblich.

**Geschäftsvorfall 11:**

Privatkonto Gesellschafter X 1 000 an Bank 1 000

**Geschäftsvorfall 18:**

Privatkonto Gesellschafter X 500 an Kasse 500

S. 572

## 5. Abschlussbuchungen

**Abschlussangabe (1): Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen**

(vorläufiges) Schlussbilanzkonto	20 000	an	unfertige Erzeugnisse	20 000
(vorläufiges) Schlussbilanzkonto	6 000	an	fertige Erzeugnisse	6 000
unfertige Erzeugnisse	20 000	an	Bestandsveränderungen	20 000
Bestandsveränderungen	3 000	an	fertige Erzeugnisse	3 000

Gem. § 275 Abs. 1 Satz 1 HGB kann die GuV nach dem Gesamtkosten- oder nach dem Umsatzkostenverfahren aufgestellt werden. Beim Gesamtkostenverfahren wird der Produktionsaufwand den erbrachten Leistungen der Periode (= **Umsatzerlöse – Bestandsabnahme + Bestandserhöhung**) gegenübergestellt; beim Umsatzkostenverfahren der Umsatzaufwand (= **Produktionsaufwand + Bestandsabnahme – Bestandserhöhung**) den Umsatzerlösen der Periode. Wie leicht ersichtlich ist, führen beide Methoden zu einem identischen Ergebnis.

Bei Anwendung des Gesamtkostenverfahrens sind auf den Konten „unfertige Erzeugnisse“ sowie „fertige Erzeugnisse“ die auf Basis der Inventur ermittelten Bestände zu Anfang und Ende des Jahres auszuweisen. Sofern die Endbestände von den Anfangsbeständen abweichen, liegt eine Bestandsmehrung bzw. -minderung vor, die im Zuge des Jahresabschlusses bei der Erfolgsermittlung zu berücksichtigen ist. Für den Fall einer Zunahme des Lagerbestands (wie in der vorliegenden Fallstudie) ist die Bestandserhöhung (bewertet zu Herstellungskosten nach § 255 HGB) auf der Habenseite des GuV-Kontos zu erfassen.

Während beim Abschluss der Aufwandskonten im Soll des GuV-Kontos die Aufwendungen aller Erzeugnisse berücksichtigt werden, stehen im Haben lediglich die Erträge der abgesetzten Erzeugnisse. Im Sinne einer periodengerechten Erfolgsermittlung ist es daher notwendig, auch den (bewerteten) Mehrbestand im Haben zu erfassen, d. h. die Aufwendungen für die nicht abgesetzten Erzeugnisse werden „neutralisiert“. Letztendlich stehen den verkauften Produkten damit lediglich noch die durch sie entstandenen Aufwendungen gegenüber. Die buchtechnische Behandlung einer Bestandsminderung erfolgt analog.

**Abschlussangabe (2): Abschreibungen**

Abschreibungen 9 000 an Maschinen 5 000  
an BGA 4 000

### Abschlussangabe (3): Bewertung der Forderungen

Einzelwertberichtigungen 5 000 an Erträge aus Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Ford. 5 000

Zum Jahresende sind **sämtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bezüglich ihrer Bonität zu überprüfen**. Durch ggf. vorzunehmende Abschreibungen wird die Wertminderung erfasst, die der Gesellschaft durch den Verlust des Zahlungsanspruchs eines Kaufpreises entsteht. Ausgerichtet am Grad der Sicherheit der Erfüllung lassen sich verschiedene Gruppen von Forderungen bilden:

- **Einwandfreie Forderungen:** Sie gehen mit dem Nominalwert in den Jahresabschluss ein.
- **Zweifelhafte Forderungen:** Sofern begründete Zweifel am vollständigen Zahlungseingang vorliegen, sind diese Forderungen aus Gründen der Bilanzklarheit getrennt von den einwandfreien Forderungen mit ihrem wahrscheinlichen Wert anzusetzen (buchhalterisch über das gleich lautende Konto). Eine Korrekturbuchung bezüglich der USt darf noch nicht durchgeführt werden. Sofern eine direkte Abschreibung erfolgt, wird der niedrigere Ausweis der zweifelhaften Forderungen auf der Aktivseite angesetzt; im Falle einer indirekten Abschreibung ist auf der Passivseite eine Einzelwertberichtigung (EWB) zu bilden. Falls bereits eine EWB bestand, ist diese anzupassen: Übersteigt die aktuelle EWB die bisherige EWB, wird die Differenz als Ertrag aus der Herabsetzung gebucht (wie im Beispiel), andernfalls muss die bestehende EWB um den Unterschiedsbetrag erhöht werden.
- **Uneinbringliche Forderung:** Falls am Bilanzstichtag feststeht, dass die gesamte Zahlung ausfallen wird, erfolgt die unmittelbare Abschreibung (des Buchwertes) als uneinbringliche Forderung. Die USt ist zu berichtigen und kann vom FA zurückgefordert werden.

S. 573

Da sich eine Einzelbewertung aller Forderungen bei einem größeren Forderungsbestand oftmals als zu zeitintensiv darstellt, ist es in der Praxis üblich, die individuellen Ausfallrisiken **mittels einer Pauschalwertberichtigung (PWB) zu berücksichtigen**.

Der Prozentsatz, der vom Nennbetrag der jeweiligen Forderung abgeschrieben wird, basiert auf branchenspezifischen und betrieblichen Erfahrungen der vergangenen 3 bis 5 Jahre. Neben der pauschal errechneten Abschreibung für spezielle Risiken kann durch eine PWB auch das allgemeine Kreditrisiko, das z. B. durch die Konjunktur beeinflusst wird, berücksichtigt werden. I. d. R. erfolgt in der Praxis eine aktivische Verrechnung der Wertberichtigungen mit den Forderungen.

### Abschluss des Unterkontos Erlösberichtigungen:

Umsatzerlöse 2 000 an Erlösberichtigungen 2 000

Vgl. hierzu die Ausführungen bezüglich Geschäftsvorfall 9 auf S. 1536.

### Abschluss des Unterkontos Bezugskosten für Rohstoffe:

Rohstoffe 1 000 an Bezugskosten für Rohstoffe 1 000

Vgl. hierzu die Erläuterungen von Geschäftsvorfall 14 auf S. 1536.



Kapital Gesellschafter X	1 500	an	Privatkonto X	1 500
Privatkonto Y	100 000	an	Kapital Gesellschafter Y	100 000

Die Erläuterung der Privatentnahmen bzw. -einlagen findet sich bei den Ausführungen zu den Geschäftsvorfällen 3, 11 und 18 auf S. 1537.

### Umbuchung der USt-Zahllast:

USt 5 920 an Vorsteuer 5 920

Für die USt gilt Folgendes:

**Vorsteuer < USt, d. h. USt-Zahllast:** Im Rahmen des Jahresabschlusses ist der Saldo des „Vorsteuer“-Kontos auf das „USt“-Konto zu übertragen. Eine USt-Zahllast zum Bilanzstichtag (wie bei der XY-OHG) ist zu passivieren und spätestens im neuen Gj zu begleichen (s. Geschäftsvorfall 2).

**Vorsteuer > USt, d. h. Vorsteuerüberhang:** Sofern die angefallenen Vorsteuer- die USt-Beträge übersteigen, d. h. das „Vorsteuer“-Konto den größeren Saldo ausweist, wird das „USt“-Konto über das „Vorsteuer“-Konto abgeschlossen. Anschließend erfolgt eine Aktivierung des Vorsteuerüberhangs.

## IV. Ergebnisverteilung und Schlussbilanz

Wie im einföhrenden Teil erläutert, haben die Gesellschafter X und Y im Gesellschaftsvertrag der OHG festgelegt, die Gewinn- und Verlustaufteilung an den Kapitalbeständen zu Anfang des Gj auszurichten. Für das zu betrachtende Jahr 2003 bedeutet dies eine Aufteilung im Verhältnis 60:40. Sofern aufgrund von Verlusten ein negatives Kapitalkonto entsteht, hat die Einbuchung auf der Aktivseite der Bilanz zu erfolgen.

Für den Ausweis des Jahresergebnisses einer PersGes gibt es folgende zulässige Alternativen: **(1)** Das Jahresergebnis wird ohne weitere Verteilung in der Bilanz ausgewiesen. **(2)** In einer Vorspalte der Bilanz erfolgt eine Darstellung der Kapitalkonten-Veränderungen (also auch der Ergebnisverteilung) des Jahres. **(3)** Unter der Voraussetzung, dass das Jahresergebnis in der GuV ausgewiesen wird, ist es möglich, in der Bilanz die einzelnen Gesellschafterkonten nach Ergebnisverteilung aufzuführen.

Aus didaktischen Gründen wird hier die letztgenannte Möglichkeit gewählt.

### Ergebnisverteilung:

GuV 49 900 an Kapital Gesellschafter X 29 940  
an Kapital Gesellschafter Y 19 960

**Abb. 2: GuV zum 31. 12. 2003**

**Aufwendungen XY-OHG GuV zum 31. 12. 2003 (in €) Erträge**

Aufwendungen für Rohstoffe	10 000	Umsatzerlöse	38 000
Aufwendungen für Hilfsstoffe	2 000	Bestandsveränderungen	17 000
Gehälter	3 000	(hier Mehrbestand)	
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	600	Mieterträge	12 000
Abschreibungen	9 000	Erträge aus Auflösung o. Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Ford.	5 000
Mieten	500	Zinserträge	3 000
Gewinn	49 900		
	<u>75 000</u>		<u>75 000</u>

**Abb. 3: (vorläufige) Schlussbilanz zum 31. 12. 2003**

**Aktiva XY-OHG (vorläufige) Schlussbilanz zum 31. 12. 2003 (in €) Passiva**

Unbebaute/bebaute Grundstücke	60 000	Kapital Gesellschafter X	118 440
Gebäude	85 000	Kapital Gesellschafter Y	179 960
Maschinen	55 000		
BGA	10 000	Verb. ggü. Kreditinstituten	175 000
		Verb. a. LuL	109 760
Rohstoffe	35 000		
Hilfsstoffe	3 000	Rückstellungen	8 000
Unfertige Erzeugnisse	20 000	Einzelwertberichtigung zu Ford.	4 000
Fertige Erzeugnisse	6 000	USt	160
Ford. a. LuL	82 480	Passiver RAP	18 000
Guthaben bei Kreditinstituten	237 740		
Kasse	19 100		
	<u>613 320</u>		<u>613 320</u>

**Fundstelle(n):**

BBK Fach 30 Seite 1534 - 1540BBK2004 Seite 567 - 574  
[MAAAB-23069]